

7 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5977

– Verfahrensberatung

(Der Gesetzentwurf wurde am 22. Mai 2019 zur Federführung an den Integrationsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.)

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe teilt mit, die kommunalen Spitzenverbände seien am 22. Mai 2019 angeschrieben worden, um ihnen gemäß § 58 der Geschäftsordnung des Landtags NRW bis zum 17. Juni 2019 Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Berivan Aymaz (GRÜNE) beantragt eine Anhörung von Sachverständigen.

Heike Wermer (CDU) regt an, sich auf eine schriftliche Anhörung zu beschränken, da eine Präsenzanhörung das Verfahren insgesamt noch über die Sommerpause hinaus verlängere. Alle Fraktionen wollten ja, dass das Geld aus der Integrationspauschale des Bundes bald bei den Kommunen ankomme.

Berivan Aymaz (GRÜNE) pflichtet ihrer Vorrednerin bei: Selbstverständlich wollten auch die Grünen, dass die Kommunen das Geld möglichst bald erhielten. Zu den genauen Abläufen gebe es allerdings noch Kontroversen, und auch aus dem Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen habe sie vernommen, dass Interesse an der Beteiligung an einer Präsenzanhörung bestehe.

Stefan Lenzen (FDP) bekräftigt, die Kämmerer der Kreise, Städte und Gemeinden fragten immer wieder nach, wann sie das Geld aus der Integrationspauschale erhielten. Auch er wolle daher fragen, ob eine schriftliche Anhörung nicht möglicherweise ausreiche. Eine Präsenzanhörung führe zu monatelangen Verzögerungen, obwohl doch eigentlich Einigkeit darüber bestehe, dass die Integrationspauschale den Kommunen vollumfänglich zugehen solle.

In dem Gesetzentwurf halte man zudem an dem bereits bewährten Verteilungsschlüssel fest, der schon bei der Weiterleitung von 100 Millionen Euro aus der Integrationspauschale im Jahr 2018 sehr gut funktioniert habe und die Anerkennung der kommunalen Spitzenverbände finde. Außerdem begrüßten die Kreise, über deren Koordinierungsfunktion ebenfalls Einigkeit bestehe, dass sie erstmals beteiligt würden.

Die SPD freue sich, so **Ibrahim Yetim (SPD)**, dass die Integrationspauschale auf Druck der Opposition nun vollständig weitergeleitet werde. Nichtsdestotrotz werde man sich zu dem Gesetzentwurf enthalten. Er bedeute keine echte finanzielle Entlastung für die Kommunen – das sage auch der Landkreistag –, da mit der Integrationspauschale die Kosten für Geduldete abgedeckt würden.

Hinsichtlich des Anhörungsmodus merkt er an, dass man sich üblicherweise nicht gegen eine von einer anderen Fraktion beantragte Anhörung sperre. Vielleicht ließe sich der Prozess aber irgendwie beschleunigen, schließlich seien die Verbände mittlerweile gut mit dem Thema vertraut.

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe gibt zu bedenken, eine Präsenzanhörung erfordere auch weiteren organisatorischen Aufwand. So müsse beispielsweise ein freier Sitzungsraum gefunden werden und vor der Auswertung der Anhörung ein Protokoll angefertigt werden.

Eine schriftliche Anhörung beschleunige den Prozess tatsächlich, weshalb auch sie nachfragen wolle, ob Berivan Aymaz sich mit diesem Weg anfreunden könne.

Berivan Aymaz (GRÜNE) erklärt sich mit einer schriftlichen Anhörung einverstanden, allerdings tue sie dies nur etwas widerwillig, da in der Tat die durch Ibrahim Yetim aufgebrachte Frage, ob die Weiterleitung der Integrationspauschale tatsächlich eine Entlastung bewirke oder lediglich das Geld von einer Tasche in die andere wandere, einer Klärung bedürfe.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/5977 – durchzuführen.



Integrationsausschuss

38. Sitzung (öffentlich)

5. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler-Deppe (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige Büren (<i>Bericht auf Wunsch der Landesregierung</i>) | 6 |
| | – Mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 2 | Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen | 8 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455 | |
| | Ausschussprotokoll 17/579 | |
| | – Verfahrensberatung | |

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

3 Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5618

in Verbindung mit:

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5638

Ausschussprotokoll 17/647

– abschließende Beratung und Votum

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 17/5618 – und zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/5638 – abzugeben.

4 Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4113

Ausschussprotokoll 17/558

– Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/4113 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

- 5 Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln** 11
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3805
- Ausschussprotokoll 17/558
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP – Drucksache 17/3805 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.
- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** 12
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5976
- Vorlage 17/2159
- Diskussion
- 7 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** 14
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5977
- Verfahrensberatung
- Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/5977 – durchzuführen.

- 8 Landesinitiative „Gemeinsam klappt’s“** *(beantragt in der 31. Sitzung des IntA am 13. März 2019 durch die Fraktion der SPD)* **16**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1809
Vorlage 17/2224
- Diskussion
- 9 Psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folter (PSZ) in NRW** *(beantragt durch die Fraktion der SPD; s. Anlage 1)* **19**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2119
- Diskussion
- 10 Inwieweit ist das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration mit integrationspolitischen Maßnahmen beim Thema „Clankriminalität“ involviert?** *(beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; s. Anlage 2)* **22**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2128
- Diskussion
- 11 Verschiedenes** **26**